

Abschrift.

Délégation Suisse

Havanna, 29. November 1947.

Sehr verehrter Herr Bundesrat,

Ueber den bisherigen Verlauf der hiesigen Konferenz möchte ich Ihnen kurz berichten:

Am Tage meiner Ankunft teilte mir der Präsident der vorbereitenden Kommission, der Belgier Max Suetens, mit, er und seine Freundemöchten, dass ich das Präsidium der Konferenz übernehme. Er wies darauf hin, dass die Schweiz als neutraler Staat und ich, als derjenige mit den meisten Erfahrungen auf dem Gebiete multilateraler Wirtschaftsverhandlungen hierfür besonders geeignet erscheine. Ich antwortete sofort, dass dies gar nicht in Frage kommen könne, einmal weil die Schweiz in einer ganz besonderen Lage sei und ganz besondere Interessen zu vertreten habe und sodann weil es nahezu grotesk wäre, einem Land das Präsidium zu übertragen, dem man anderseits das Stimmrecht verweigere. Er verstand diese Antwort. Es schien dann einige Zeit, als ob die Wahl von ihm selber, Suetens, gesichert sei. Allein die latein-amerikanischen Staaten unternahmen eine leidenschaftliche Aktion, um das Präsidium für einen der ihren, nämlich für Cuba, zu beanspruchen. Sie behaupteten, zu Unrecht, dass es eine ständige internationale Gepflogenheit sei, das Präsidium einer internationalen Konferenz einem Vertreter desjenigen Staates zu übertragen, auf dessen Gebiet die Konferenz stattfindet. Nach sehr unerfreulichen und mühsamen Debatten wurde schliesslich der Kubaner Clark zum Präsidenten gewählt. Interessant ist, dass er selber, in der richtigen Erkenntnis, dass ihm dazu jede Eignung fehlt, diese Ehre ablehnen wollte, dass er sich aber dem starken Druck aller Süd- und Mittelamerikaner fügen musste. Er hat sich denn auch bis jetzt als vollkommen hilflos erwiesen. Seine Wahl ist für uns insofern unerfreulich, als er offenbar in Genf mit Bezug auf Hotelunterkunft ungeschickt behandelt wurde und deshalb offensichtlich gegen die Schweiz ungünstig eingestellt erscheint, was sich schon mehrfach in kleinen Giftpfeilen ausgewirkt hat.

Das Sekretariat hatte der Konferenz den Entwurf zu einem internen Geschäftsreglement vorgelegt, in welchem vorgesehen war, dass nur diejenigen Staaten zur Stimmabgabe berechtigt sind, welche der UNO angehören. Diese Bestimmung wurde sofort von Argentinien scharf kritisiert und bildete dann in mehreren Sitzungen der Delegationschefs Gegenstand einer penibeln und leidenschaftlichen Debatte. Fast alle Redner anerkannten, dass es in der Tat ungerecht sei, an der Konferenz zwei Kategorien

Herrn Bundesrat Petitpierre,
 Chef des Eidg. Politischen Departements,
 B e r n .



von Mitgliedern zu schaffen, von denen nur die eine volle Rechte besitzt. Es schien zunächst, als ob die grosse Mehrheit dafür sei, dass die Konferenz unabhängig vom Beschluss des Wirtschafts- und Sozialrates das Recht habe, ihr eigenes Geschäftsreglement aufzustellen und dabei allen eingeladenen Mitgliedern gleiche Rechte zu gewähren. Telegraphisch wurde der Generalsekretär der UNO um seine Meinung befragt. Diese ging mit schärfster Formulierung dahin, die Konferenz sei an den Beschluss des Wirtschafts- und Sozialrates gebunden und könne den Nicht-Mitgliedern der UNO das Stimmrecht nicht einräumen. Diese Antwort sowie ein starker von den USA ausgeübter Druck bewirkte dann, dass die grosse Mehrheit der Delegationen zwar die bestehende Ungleichheit bedauerte, aber erklärte, vom Beschluss des Rates nicht abweichen zu können, da dieser von der Generalversammlung der UNO stillschweigend gebilligt worden sei. Ich habe in den Sitzungen der Delegationschefs zweimal interveniert und folgendes erklärt: Die Schweiz hat die Frage des Stimmrechtes in Havanna nicht aufgeworfen. Da dies von anderer Seite geschehen ist, muss sie darauf aufmerksam machen, dass sie die Verweigerung des Stimmrechtes nicht versteht und bedauert. Sie hat bei Annahme der Einladung dieser Auffassung Ausdruck gegeben und die bestimmte Erwartung ausgesprochen, dass entweder die Generalversammlung der UNO oder die Konferenz von Havanna selber diesen Zustand beseitige. Diese Erwartung möchte sie auch jetzt wieder ausdrücken. Es sei nicht recht verständlich, weshalb ein Beschluss von 8 zu 4 Stimmen bei 6 Enthaltungen für eine internationale Konferenz souveräner Staaten verbindlich sein solle. Der frühere Völkerbund habe zahlreiche internationale Konferenzen einberufen und dazu auch Nicht-Mitglieder eingeladen. Diese hätten immer genau die gleichen Rechte gehabt wie die Völkerbunds-Mitglieder. Ich erinnerte an die Weltwirtschaftskonferenz 1933 in London, wo die amerikanische Delegation, obschon Vertreter eines Nicht-Mitgliedes, eine geradezu ausschlaggebende Rolle gespielt hat. Ich erinnerte auch daran, dass im Wirtschaftskomitee des Völkerbundes jahrelang ein amerikanischer Vertreter gesessen hat, der genau die gleichen Rechte hatte, wie die Vertreter der Mitglied-Staaten. Ich erinnerte endlich an die Abrüstungskonferenz, bei der die Verhältnisse gleich lagen. Diese Hinweise verfehlten ihren Eindruck nicht, und es wurde ein besonderes Komitee ernannt, welches beauftragt ist, eine annehmbare Lösung zu suchen. Zur Stunde hat dieses Komitee seine Arbeit noch nicht abgeschlossen. Es zeigt aber jedenfalls sehr viel guten Willen, um unserer delikaten Situation Rechnung zu tragen. Erschwert wird die Situation durch die gestrige Rede des Vertreters von Indonesien, der leidenschaftliche Anklagen gegen Holland erhoben hat. Selbstverständlich spielt hinter den Kulissen die Frage von Indonesien, Indochina, belgischer Kongo, Birma etc. eine sehr beträchtliche Rolle. - In meiner letzten Intervention habe ich erklärt, dass sich die schweizerische Delegation jedenfalls loyal jedem Entscheid der Konferenz unterwerfen werde.

Verschiedenen Delegationen gegenüber hatte ich den Standpunkt vertreten, dass wir nicht in der Lage wären, irgend

- 3 -

ein Amt in der Konferenz zu übernehmen, solange man uns das Stimmrecht nicht einräume. Zu meiner Ueberraschung erhielt ich dann einen vom "Comité des nominations" ausgearbeiteten Vorschlag, wonach ich als einer der Vizepräsidenten dem Bureau angehören sollte. Es wurde mir zunächst erklärt, es bedeute dieser Vorschlag nicht nur eine Sympathie-Kundgebung für die Schweiz, sondern ganz allgemein für die Gruppe der Nicht-Mitglieder. Ich habe diese Kandidatur abgelehnt, was da und dort zu unfreundlichen Kommentaren führte, in denen gesagt wurde, ich wollte damit einen Druck in der Frage des Stimmrechtes ausüben. Ich habe diese Auffassung selbstverständlich berichtigt. Es sind dann 6 Vizepräsidenten gewählt worden und der Präsident hat mitgeteilt, er werde später einen weiteren Vorschlag machen. In den letzten zwei Tagen haben mich nun sämtliche westeuropäische Staaten dringend gebeten, auf meinen Standpunkt zurückzukommen. Es handle sich für sie darum, im Bureau der Konferenz das westeuropäische Element zu verstärken und auch von den Erfahrungen mit Bezug auf die wirtschaftliche Tätigkeit des früheren Völkerbundes Nutzen zu ziehen. Ich habe mir die endgültige Stellungnahme vorbehalten bis zum Moment, da der Bericht des Sub-Komitees in der Stimmrechtsfrage bekannt sein wird.

Die übrige Beratung des Geschäftsreglementes hat gezeigt, wie unerfahren und kleinlich namentlich die latein-amerikanischen Delegierten sind. Man hat mit der Diskussion von Nichtigkeiten Stunden, ja Tage verloren.

Aus der bisherigen Generaldebatte geht mit erschreckender Deutlichkeit hervor, mit welcher Wucht die "neue Welt", d.h. Latein-Amerika einerseits und der nahe und mittlere Osten andererseits, gegen die alten Privilegien Europas anstürmt und ihre Interessen geltend macht. Fast alle diese Staaten vertreten die Meinung, dass der jetzige Entwurf der Charta ihre industriell unentwickelte Situation noch zu wenig berücksichtige und dass man ihnen noch weitergehende Sonderrechte einräumen müsse. Die Rede des amerikanischen und des französischen Vertreters enthielten vor allem aus die bekannten Hinweise auf die Notwendigkeit internationaler Solidarität, wie man sie in den Konferenzen zwischen den zwei Weltkriegen immer wieder gehört hat. Ein Standpunkt, der dem unsrigen gleich oder ähnlich wäre, ist erwartungsgemäss von keiner Seite vertreten worden. Ich werde diesen Standpunkt heute nachmittag in einer Rede vertreten, deren Wortlaut ich hier beilege. Wir dürfen uns keinen Illusionen darüber hingeben, dass die schweizerische Auffassung auf wenig Verständnis zählen kann und von vielen Seiten stark angefeindet werden wird. Glücklicherweise hat Botschafter Wilgress, der bei uns als kanadischer Minister akkreditiert ist, das Präsidium der Kommission über Handelspolitik, sodass auf eine wenigstens objektive Leitung gerechnet werden kann. Botschafter Colban (Norwegen) präsidiert die Kommission über Organisationsfragen, in welcher namentlich die wichtige Frage des Verhältnisses zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern zur Diskussion steht. Auch diese Ernennung ist er-

folgt per Kurrier

freulich, und wir werden in diesem Punkte auf die Unterstützung anderer Staaten rechnen können (Schweden, Norwegen, Polen, Tschechoslowakei, Oesterreich, Italien).

Zum Schlusse möchte ich noch kurz mitteilen, dass mit Bezug auf die Preise die Konferenz hier in schamloser Weise ausgenützt wird. Die Hotelzimmer wurden von der kubanischen Regierung verteilt und die Preise ganz einfach diktiert. So verlangt man für meine beiden Zimmer, Schlafzimmer und kleiner Salon, in dem unsere Delegationssitzungen stattfinden, \$ 35.00 im Tag! Für miserable Zimmer im Hotel Sevilla, wo man die drei andern Mitglieder unserer Delegation untergebracht hat, werden je \$ 15.00 verlangt. Die Zimmer waren so schlecht, dass ich eine Aenderung angeordnet habe und die drei Herren ungefähr zum gleichen Preise nun ebenfalls im Hotel Nacional wohnen. Aehnlich verhält es sich mit den Autos. Die Distanzen sind so gross, dass jede Delegation mindestens ein Auto zur Verfügung haben muss - die amerikanische Delegation zum Beispiel hat 10 Automobile - und man muss für einen sehr schlechten Wagen mit Chauffeur \$ 15.00 im Tag bezahlen. Ueber weitere administrative Fragen werde ich später berichten.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. Stucki